

Wertegemeinschaften

Aktuelle Glosse – Jürgen Maier, 29.3.2014

»Die Renaissance der NATO«, so wie in der Süddeutschen Zeitung lauten in diesen Tagen viele Kommentare. Wertegemeinschaften sind in den letzten Monaten und Jahren arg strapaziert worden. Vermeintliche Wertegemeinschaftsfreunde spionieren einander aus, vermeintliche Wertegemeinschaftsfreunde entfremden sich über den »Krieg gegen den Terror« und vieles andere mehr. »Fuck the EU«, solche Sprüche überraschen niemanden mehr wirklich. 300 NSA-Dossiers über Merkel. Bevor die transatlantische Wertegemeinschaft endgültig in die Brüche geht, brauchen wir jetzt dringend ein Freihandelsabkommen mit den USA.

So heisst es im Koalitionsvertrag: *»Die transatlantische Zusammenarbeit ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika von grundlegender Bedeutung. Die transatlantische Partnerschaft basiert auf einem Fundament gemeinsamer Werte und Interessen und ist deshalb auch heute der Schlüssel zu Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle... Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ist eines der zentralen Projekte zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen.«*

Schade nur, dass in der Öffentlichkeit mittlerweile diese Sorte transatlantischer Beziehungen mit Chlorhühnchen, Hormonfleisch, Gentechnik, Sondergerichten für Investoren und so weiter gleichgesetzt wird, und dementsprechend der Widerstand gegen TTIP rasch anwächst.

Da passt es gut, dass Wladimir Putin jetzt die Krim annektiert hat, die Ukraine bedroht und auch noch auf dem Gashahn sitzt. Das soll uns mal eine Lehre sein, wer jetzt weiter gegen TTIP ist, der spielt mit dem Untergang. Der Kalte Krieg steht wieder vor der Tür.

Moment mal. Da war doch noch was.

Genau. Chinas Präsident Xi Jinping besucht Berlin. Zugegeben, mit der deutsch-chinesischen Wertegemeinschaft, soweit ist es noch nicht. Immerhin, er hat sich nicht auf die Seite Wladimirs des Schrecklichen gestellt.

Eigentlich war doch China einer der Hauptgründe für TTIP. Martin Schulz, der Europaparlaments-Präsident der so gerne Kommissionschef werden will, sagte es vor der American Chamber of Commerce am 16.10.13 ganz klar – es gehe darum *»trying to work out how to best deal with the growing economic dominance of China... TTIP or the Free Trade Agreement is about making sure the United States and Europe remain standard makers rather than standard takers. If we do not unite behind common standards it will soon become difficult to even up-hold our own standards... The window of opportunity for the US and the EU to shape the future world order is becoming smaller and smaller. Will we use this time wisely? Will we succeed in strengthening our ties for the future? The Transatlantic Trade and Investment Partnership will be a test case for the viability of the transatlantic relationship in the 21st century.«*

Um so erstaunlicher, dass Kanzlerin Merkel bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Xi erklärte: *»Wir haben auch darüber geredet, dass sich Deutschland dafür einsetzen wird, dass das Investitionsabkommen zwischen der EU und China schnell abgeschlossen werden kann, was auch ein Vorläufer für ein zukünftiges Freihandelsabkommen sein kann. Ich glaube, dass langfristig auch wir mit China schaffen können, was zum Beispiel unser Nachbarland, die Schweiz schon geschafft hat,*

und deshalb sollten wir auch dieses Anliegen trotz der Komplexität der Aufgabe Schritt für Schritt in Betracht ziehen.«

Aha – Merkel will ein Freihandelsabkommen auch mit China? Erstaunt denkt man jetzt darüber nach, was es mit den Freihandelsabkommen als Wertegemeinschaften so auf sich hat. Bis jetzt war das geplante Freihandelsabkommen mit den USA die Untermauerung einer Wertegemeinschaft, die Selbstbehauptung der Demokraten gegen die asiatischen Schwellenländer. Jetzt will sie aber auch noch ein Freihandelsabkommen mit den Chinesen, diesen Despoten und Menschenrechtsbrechern. Tibet haben sie okkupiert, und das eine ganze Nummer brutaler als die Krim. Aber das ist schon lange her. Das haben wir ihnen eigentlich verziehen.

Und wir schauen uns ein bisschen um auf der Welt, und erstaunt stellen wir fest: das war noch nicht alles. Seit 2007 verhandelt die EU über ein Freihandelsabkommen mit Indien. Indien, die grösste Demokratie der Welt seit 1947, eigentlich könnte man daraus auch eine Wertegemeinschaft machen. Sicher, auch die Inder sind nicht perfekt, aber ein verlässlicher Bündnispartner gegen islamische Extremisten sind sie allemal. Schade nur, dass sie den weitreichenden Marktöffnungsforderungen der EU einfach nicht so richtig nachgeben. Sowas kann in Demokratien vorkommen – die Widerstände in der indischen Gesellschaft lassen der Regierung eigentlich keine andere Wahl.

Was ist mit den anderen Schwellenländern? Südafrika, natürlich, mit denen hat die EU schon seit 2004 ein Freihandelsabkommen geschlossen. Viel Ärger gab es damals, die wollten doch tatsächlich Privilegien eines Entwicklungslandes behalten, obwohl sie doch gar keines mehr sind, und wollten ihren Sekt weiterhin Champagne nennen und ihren Käse Roquefort. Aber die Wertegemeinschaft mit dem demokratischen Südafrika, die war dann doch stärker als Champagner und Käse. Was machen sie nun? Sie kündigen reihum die bilateralen Investitionsschutzverträge, im Oktober sogar den mit Deutschland – weil das demokratische Südafrika nicht von Geheimtribunalen verurteilt werden will, seine Politik zur Unterstützung seiner schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu beenden. Die kündigen diese Verträge einfach – »ein falsches Signal« für DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben. »Das dürfte die ohnehin sinkende Attraktivität des Standortes weiter beeinträchtigen.« Eine Wertegemeinschaft in der Krise?

Brasilien, das nächste Schwellenland, Teil der Staatengemeinschaft Mercosur. Auch mit denen verhandelt die EU schon seit 1995 über ein Freihandelsabkommen. Auch da klemmt es, obwohl diese Länder nun allesamt lupenreine Demokratien sind. Eigentlich klemmt es genau deswegen. Die Zivilgesellschaft dort will die von der EU verlangte umfangreiche Marktöffnung im Dienstleistungsbereich nicht, die europäische Gesellschaft will die von den Südamerikanern verlangte Abschaffung der EU-Agrarpolitik nicht.

So langsam fragen wir uns, mit wem die EU eigentlich nicht über ein Freihandelsabkommen verhandelt. Die Schwellenländer haben wir jetzt alle. Da sind ja noch einige mehr, die ASEAN-Länder, Kanada, ein ganzer Potpourri demokratischer, halbdemokratischer und undemokratischer afrikanischer Länder, und Mexiko und Südkorea haben wir schon. Mit der Türkei wird seit Jahrzehnten über eine Aufnahme in die EWG, EG, EU verhandelt. Haben die Türken nicht auch mal Zypern überfallen und die Hälfte abgetrennt? So wie Putin mit der Krim? Ach, das ist doch lange her, und wir haben das ja nicht anerkannt, und ausserdem waren die Zyperngriechen daran ja auch irgendwie selber schuld.

Bleiben eigentlich nur noch die Russen. Wertegemeinschaften mit den Russen sind ja so eine Sache. Unsere Regierung hat mal geglaubt, der Herr Putin sei ein lupenreiner Demokrat. Deswegen haben wir ja die Europäische Energiecharta gemacht, auch eine Wertegemeinschaft, und die haben am Ende fast alle europäischen Staaten ratifiziert. Nur die Russen nicht, die sind halt unberechenbar. Dabei wurde die Charta überhaupt nur wegen der Russen gemacht, für alle anderen war sie überflüssig. Weil wir dachten, wir brauchen diese ominöse »Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit« – jeder Investor sollte den russischen Staat vor Geheimtribunalen in Washington verklagen dürfen. Jetzt haben wir den Salat. Nun müssen wir uns selber verklagen lassen, vom schwedischen Staatskonzern Vattenfall. Der findet den Atomausstieg unfair und will dafür 3.7 Milliarden Schadensersatz. Das kann noch teuer werden. Eine Energie-Wertegemeinschaft, die als Eigentor endete.

Wir haben also eine breite Palette von Wertegemeinschaften. Und ehrlich gesagt, ziemlich viele der Wertegemeinschaftspartner sind bei näherem Hinsehen nicht sonderlich demokratisch – und die USA ist keineswegs der demokratischste oder sozialste unter ihnen.

So bleibt eigentlich nur noch die Schlussfolgerung: es geht bei all diesen Freihandelsabkommen nicht um Länderpartnerschaften. Die wahre Wertegemeinschaft hinter all diesen Freihandelsabkommen und Investitionsschutzabkommen ist das Geld. Darauf können sich Europas Regierungen mit den Chinesen sofort verständigen, und eigentlich mit jedem anderen Land der Welt auch. Darum geht es bei diesen Abkommen. Der Handel läuft doch schon auf Hochtouren, wir sind schon wieder Exportweltmeister, fast alle Länder sind inzwischen in der Welthandelsorganisation WTO. Die hat den Welthandel umfassend liberalisiert. Die WTO-Verhandlungen stocken seit Jahren, weil ausser den USA und der EU niemand eine derart umfassende Globalisierungsagenda hat: umfassender Schutz für Konzerne (pardon: Investoren) vor Regulierung, umfassende »Liberalisierung« der öffentlichen Beschaffung und öffentlicher Unternehmen, globale Wettbewerbsregeln, »regulatorische Harmonisierung« und so weiter. Aber alles das brauchen wir nicht, das ist eine neoliberale Agenda die längst nicht mehr mehrheitsfähig ist, und deshalb wird sie über undurchsichtige »Freihandelsabkommen« durchgezogen.

Die Antwort auf Putin ist nicht eine transatlantischer Deregulierungsoffensive genannt TTIP. Sie ist vielmehr eine transatlantische Wertegemeinschaft der Zivilgesellschaft für soziale und ökologische Regulierung, für mehr Demokratie und für die Beschränkung der Macht der Konzerne. Das ist das Gegenmodell zu einem autoritären Staatskapitalismus à la Putin – aber auch zu einem umfassend deregulierten Marktkapitalismus à la USA. Dieses Gegenmodell müssen wir gegen die EU-Kommission und gegen die europäischen und amerikanischen Wirtschaftslobbies durchsetzen.